

13.12.2018

*Haushaltsrede / Bezirkstag, Plenum*

**LINKE IM BEZIRKSTAG**

*Fraktionssprecher*

Prof. Dr. Klaus Weber

Zugspitzstr. 80

82061 Neuried

[dr.k.weber@t-online.de](mailto:dr.k.weber@t-online.de)

089/54404163

0173/6725148

*Hitler-Verehrer (AfD) im Bezirkstag, SPD wirft LINKEN Nazi-Methoden vor  
– und alles soll so weitergehen wie bisher...*

I

Das Jahr 2018 beginnt mit einem menschenverachtenden Ausruf: „2018 ist das zentrale europäische Thema die finale Lösung der Flüchtlingsfrage“. Hier spricht einer mit Endlösungsphantasien. Sie wissen es, und ich weiß es auch, was durch deutsche Täterinnen und Täter verbochen wurde, nachdem vor knapp 80 Jahren – in der Wannseekonferenz – die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde.

II

Knapp 80 Jahre ist es her, dass in diesem Land 4 Millionen Juden, Sinti und Roma, Kommunisten, Homosexuelle, psychisch Kranke und viele Menschen, die die Nazis als „Untermenschen“ ausrotten wollten, vernichtet wurden. Knapp 80 Jahre ist es her, dass 30 Millionen Soldaten und Zivilisten sterben mussten, weil dieses Deutschland mit seinen Tätern, Mitläufern und Zuschauern diejenigen, die es als Volksschädlinge und Gemeinschaftsfremde bezeichnete, ausrottete, und die Staaten überfiel, die auf dem Weg zur Weltherrschaft im Wege standen. Fast 80 Jahre nach dem Beginn dieser Vernichtungs- und und Endlösungspolitik haben wir es in Deutschland, in Bayern – und

auch hier in Oberbayern – mit Menschen zu tun, die Nazis sind oder nichts dagegen haben, mit Nazis in einer Partei zu sein. Schon bei der konstituierenden Sitzung habe ich Gründe dafür genannt, warum ich die AfD-Vertreter (die weibliche Form erübrigt sich bei dieser Partei) als Nazis bezeichnen werde. Ich wiederhole und ergänze: Mehr als 15 Bundes- und Landtagsabgeordnete dieser Partei sind Mitglied einer Facebookgruppe, die auf ihrer Homepage eine Pizzaschachtel mit dem Bild von Anne Frank abgebildet haben, worunter steht: die Ofenfrische. Kurz nach der Bezirkstagswahl berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, AfD-Mitglieder (darunter auch Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten), zünden in Braunau am Inn vor Hitlers Geburtshaus eine Kerze für den Führer an; einer davon lässt sich auf dem Obersalzberg mit einem Foto des Diktators ablichten (FAZ, 18. und 19.10.2018). Am selben Tag wird bekannt, dass eine Berliner AfD-Abgeordnete sich vor einem Küchenregal ablichten ließ, auf dem Weinflaschen mit dem Etikett „Hitler-Wein“ zu sehen sind (FAZ 18.10.2018). Eine Woche später ist in der Zeitung zu lesen, dass AfD-Mitglieder aus deren Jugendorganisation (darunter wieder Mitarbeiter von Abgeordneten) in Baden.-Württemberg offen mit der neofaschistischen *Identitären Bewegung* zusammenarbeiten. Einer von ihnen schreibt in seiner Chatgruppe: „Das einzigste Ticket, das ich einem Flüchtling geben würde, wäre ein Expresszug nach Auschwitz-Birkenau“ (FAZ 26.11.2018). Wieder eine Woche später trägt der AfD-Abgeordnete Wildt im Berliner Senat eine „blaue Kornblume am Revers seines Jacketts“ (ND 30.11.2018). Sie diente zwischen 1933 und 1938 in Österreich als Erkennungszeichen der damals verbotenen NSDAP. Am selben Tag wird bekannt, dass die Landesvorsitzende dieser Partei in Schleswig-Holstein 2014 zur Unterstützung eines Vereins von Holocaust-Leugnern aufrief (FAZ 30.11.2018).

Einer derjenigen, der ebenfalls die Zusammenarbeit mit den Neonazis unter *Reichsbürgern* und *Identitärer Bewegung* nicht scheut, sitzt hier unter uns: Daniel Stanke, Bezirksrat für den Milbertshofener Stimmkreis. Für ihn gibt es in Deutschland keine Demokratie mehr, er ist – im Stile einer verschwörungstheoretischen Wahnidee –

davon überzeugt, dass eine „kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien“ der „heimliche Souverän“ in diesem Land sei (<https://www.daniel-stanke-afd.de/programm/demokratie-und-grundwerte/>). Einem anderen AfD-Bezirksrat fällt bei dem Vorschlag, gemeinsam eine Reise nach Auschwitz zu planen, ein: „Dann können wir ja auch nach Tannenberg fahren.“ Was der Kollege damit – im Stile seines Parteifreundes Björn Höcke – sagen will: Lasst uns an einen Ort fahren, der für uns Deutsche kein Zeichen von Schande ist. Lasst uns dorthin fahren, wo Adolf Hitler den Krieg im Westen befehligte; und falls er das andere Tannenberg meinte: Lasst uns zur Gruft und zum Denkmal fahren, wo Hindenburg (gegen seinen testamentarischen Willen) begraben wurde und welches von Adolf Hitler 1935 zum „Reichsehrenmal“ erklärt wurde.

Irmgard Hofmann, Bezirksrätin der SPD, hat nun nichts besseres zu tun gehabt, als den Hitler-Bewunderer Groß zu verteidigen und mir „Provokation“ vorzuwerfen. Ja, in einer persönlichen Stellungnahme geht sie noch weiter: Ihrer Meinung nach habe Rainer Groß mit seiner Provokation „nicht erkennbar gemacht, dass er ... menschenverachtende Positionen teilt“ und deswegen „werde sie dieser Person mit angemessenem Respekt begegnen“. Ich dagegen sei ein Mensch, der „andere Personen von vornherein verurteile und verachte, ohne sie überhaupt zu kennen“. Explizit bezeichnet sie das, was ich gegen die neuen Nazis unternehme (obwohl mich Frau Hofmann nicht kennt), als „Sippenhaft“.

Sehr geehrte Frau Hofmann: Niemand hat versucht, sie in eine „rechte Ecke zu stellen“, wie ihre Genossen Asam und Hügenell behaupten. Dass Sie mir jedoch – auch gegenüber meiner Kollegin auf dem Bezirketag – vorwerfen, ich würde eine Nazi-Methode im Umgang mit der AfD benutzen, nämlich das Prinzip der Sippenhaft, spricht Bände über ihr Denken. Wem bei Auschwitz nur einfällt, an Orte der Hitler-Verehrung zu fahren, wer gerne mit Menschen in einer Partei ist, die unter ein Bild von Anne Frank (das auf einer Pizzaschachtel erscheint) die Worte „die Ofenfrische“ setzen, wer nichts dagegen hat, dass Parteifreunde anderen Menschen wünschen, diese sollten ein Zugticket nach Auschwitz-Birkenau lösen, diesen Menschen, kann und will ich nicht – wie Sie das in Ihrer Stellungnahme vorschlagen – mit „Respekt“ begegnen.

Wir haben es hier mit einer Partei zu tun, die – wie die NSDAP – die Vernichtung anderer Menschen verbal fordert. „Wir werden die CSU jagen“, droht im Landtagswahlkampf der Aiblinger Neonazi Andreas Winhardt. Doch damit nicht genug: „Wir werden sie schlachten“, beendet er diese Drohung. Wer so spricht, der wird auch so handeln. Anzünden von Flüchtlingsheimen, Demolieren jüdischer Gaststätten (wie in Chemnitz), hämisches Lachen im Bundestag, wenn über ertrunkene Flüchtlinge geredet wird, Herstellen eines Zusammenhangs von Schwerbehinderung und nicht-deutscher Herkunft (wie in der Bundestagsanfrage 19/1444), Verharmlosung sowie Verherrlichung des deutschen Faschismus und Adolf Hitlers: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, einen Sachverhalt zu erkennen, der diese Partei auszeichnet: Es ist der VERNICHTUNGSKERN im Denken, im Reden und – in Chemnitz beginnend – im Handeln dieser Partei und ihrer Mitglieder.

### III

Wenn die CSU in Oberbayern nur noch 33,7 Prozent der Wähler\_innenstimmen bei einer Landtagswahl, bei der Bezirkstagswahl gerade mal 31 Prozent holt, dann wäre es geboten, über die Fehler der Vergangenheit nachzudenken. Dass die SPD zu einer Minipartei schrumpft – und diesen Weg fortzusetzen gedenkt –, hat Michael Asam in der konstituierenden Sitzung bewiesen. Er habe zehn Jahre gute Arbeit geleistet. „Nicht ich, sondern die SPD hat ein schlechtes Ergebnis eingefahren“ (Münchner Merkur 8.11.2018). Wer zehn Jahre gute Arbeit leistet und damit die Zahl seiner Wähler\_innen halbiert, sollte sich – anstatt selbstgefällig kritische Fragen auszublenden – den Tatsachen stellen: Lieber Kollege Asam, lieber Kollege Loy: Ein „Wir machen einfach weiter so“ (diesmal eben mit den *Freien Wählern*) ist das Gegenteil von Politik. Es ist das pure Verwalten des Nötigen. Was auf dem Bezirkstag möglich war – nämlich die Wahl einer GRÜNEN Bezirkstagspräsidentin –, wäre auch hier in Oberbayern ein Zeichen für einen Neuanfang gewesen. Möglich gewesen wäre auch eine Mehrheit jenseits von CSU und AfD, Mittelfranken hat es uns vorgemacht. Doch das „Weiter So“, das den regierenden

Parteien CSU und SPD mehr als 22 Prozent Verlust einbrachte, scheint sie nicht aufzuhalten. Nun sitzen drei Männer einem Gremium vor, das einen Frauenanteil von fast 50 Prozent hat.

Was wir brauchen, um die Menschen für Politik – auch für die Bezirkspolitik zu begeistern – ist ein phantasievoller Aufbruch in eine demokratische, gerechte und soziale Gesellschaft, ein Entwickeln neuer Konzepte und eine unablässliche Überprüfung eingefahrener Abläufe. Was die neue Kooperation aus CSU, *Freien Wählern* und SPD bietet, ist ein Festhalten am Status quo. Was wir aber brauchen, ist Kritikfähigkeit, Urteilskraft und Mut, um den Bezirkstag zu einer lebendigen und zukunftsfähigen Institution werden zu lassen.

#### IV

Wenn Josef Mederer der *Bayerischen Gemeindezeitung* zum Umgang mit behinderten Menschen sagt, „bei jeder Entscheidung hier im Bezirk muss klar sein, Menschen mit Behinderung sind keine Almosenempfänger oder gar Bittsteller. Sie haben ein Recht auf passgenaue Hilfen“ (BGZ 6.12.2018), so können wir das nur unterschreiben: Ich frage mich allerdings, wie es sein kann, dass eine so kleine Fraktion wie wir es sind, unmittelbar nach der Wahl eine Vielzahl von Anrufen, Emails und Briefen von behinderten Menschen oder deren Organisationen bekommt, in denen zum Teil massive Kritik daran geübt wird, wie sie durch Mitarbeiter\_innen des Bezirks sich in eine Rolle gedrängt sehen, die Josef Mederer ausschließt: als Bittsteller. Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeiter\_innen der Bezirksverwaltung ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen verrichten, ja, dass sie wahrscheinlich nicht selten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen bei den Aufgaben, die sie zu bewältigen haben. Gleichzeitig sehen wir, dass das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit all den Möglichkeiten und Schönheiten, die ein Leben bieten soll, für viele der behinderten Menschen nach wie vor ein nicht erreichbares Ziel darstellt. Auch das *Bundesteilhabegesetz* ist weit davon entfernt, den in der UN-Behindertenrechtskonvention geforderten „vollen und

gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (Art.1) zu gewährleisten. Und im *Bayerischen Teilhabegesetz* sind – wenn es bspw. um die Besetzung der Schiedsstellen geht – die Betroffenen praktisch nicht vertreten; dafür allerdings die über die Betroffenen entscheidenden Behörden und die Träger der großen Wohlfahrtseinrichtungen, von denen wir wissen, dass für diese die Selbstbestimmung behinderter Menschen nur selten Vorrang vor den finanziellen Eigeninteressen hat. Wir werden also als *LINKE* den Vorschlag der GRÜNEN, einen *Runden Tisch* mit den betroffenen Menschen einzurichten, unterstützen; und wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Bezirksebene ein Behindertenbeirat eingerichtet wird, in dem diejenigen **selbst** zu Worte kommen, **über** die in der Regel andere – auch wir – reden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ein besonderes Augenmerk unserer Arbeit wollen wir *LINKE* auf diejenigen Institutionen richten, die in den letzten Jahren zunehmend durch eigene Schuld und durch Verleugnung dieser Schuld in die Schlagzeilen gerieten: die beiden christlichen Kirchen. Sexueller Missbrauch von Kindern, Gewalt in kirchlichen Einrichtungen, Schutz der Täter und Verhöhnung der Opfer, Selbstjustiz statt Einschaltung der dafür zuständigen staatlichen juristischen Organe: Selbst die keinesfalls kirchenfeindliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* spricht von „Kinderschändern im Ornat, deren Verbrechen dazu noch von Bischöfen und gar Kardinälen vertuscht wurden“ (FAZ 22.11.2018). Der Bezirk hat mit diesen Vorfällen direkt nichts zu tun. Allerdings bezahlt der Bezirk gesetzlich notwendige Leistungen, indem er kirchliche Träger bezuschusst. Diese allerdings nehmen sich das Recht heraus – und das angesichts der gerade genannten Skandale – von Arbeitnehmern deren christliche Gesinnung prüfen zu wollen. Nur drei Beispiele: Eine Einrichtung der Diakonie stellt eine nicht-konfessionelle Arbeitnehmerin, allerdings mit der Auflage, sie müsse sich im Verlauf der Probezeit (zwangs)taufen lassen. Eine katholische Einrichtung legte einer Arbeitnehmerin ein Schreiben vor, in dem diese sich verpflichten sollte, der Geschäftsleitung zu melden, falls sie bei einem einem Kollegen Anzeichen feststelle, dass

dieser homosexuell sei. Eine Caritas-Einrichtung mit sozialpsychiatrischem Auftrag verlangt von einer einzustellenden Sozialarbeiterin, diese müsse ein pfarramtliches Zeugnis vorlegen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Auch die Kirchen in Deutschland haben sich am staatlichen Recht zu orientieren. Wir werden auf allen Ebenen im Bezirk dafür eintreten, dass kirchliche Träger – sofern sie gesellschaftliche Aufgaben subsidiär übertragen bekommen – sich an das deutsche Arbeitsrecht und die höchstrichterliche *EuGH-* und *Bundesarbeitsgerichts-*Rechtsprechung zu halten haben, und nicht an ein kirchliches Arbeitsrecht, das den Arbeitnehmer\_innen eine mittelalterliche Gesinnung und einen reaktionären Lebenswandel abverlangt; während Tausende von Kindern von den Amtsträgern dieser Kirchen geschlagen, gedemütigt und sexuell missbraucht werden. Zudem werden wir in Frage stellen, ob die Erzbistümer München-Freising und Eichstätt, die gemeinsam über Vermögenswerte von mehreren Milliarden Euro verfügen, im Rahmen des Denkmalschutzes weiter als zuschussbedürftig betrachtet werden können. In den Vergaberichtlinien steht eindeutig, dass ein Zuschuss nur dann gewährt wird, wenn ein Vorhaben ohne diesen Zuschuss „nicht in notwendigem Umfang durchgeführt werden kann“. Wo ich geboren bin, sagt man dazu: „Hier wird Wasser in die Mangfall geschüttet“. Wir werden an diesem Punkt – gegen das „Weiter so!“ der großen und schwerfälligen Kooperationsgemeinschaft dafür Sorge tragen, dass lieber den kleinen und bedürftigen Antragstellern mehr gegeben wird, als die Schatzkammern der Großen zu füllen.

Dass wir dem Haushalt für das Jahr 2019 diesmal zustimmen, hat zwei Gründe: Zum einen ist diese Zustimmung ein Signal an die Mitarbeiter\_innen der Bezirksverwaltung, deren Offenheit, Ehrlichkeit und Freundlichkeit wir damit würdigen wollen. Zum anderen ist das Hauptproblem im Bezirk Oberbayern nicht das der Verteilung der Mittel an die jeweiligen Einrichtungen, Verbände und Vereine. Das Hauptproblem sehen wir darin, dass die Organe des Bezirkstags in den letzten Jahren in einen dornröschenhaften Tiefschlaf gefallen sind, aus dem wir sie nicht wachküssen, aber zumindest aufwecken

werden. Ob eine gute Zusammenarbeit gelingt, hängt von Ihnen ab. Ich wünsche mir mehr Selbstkritik, mehr Veränderungsbereitschaft und weniger Friedhofsruhe.

V

Das Jahr 2018 begann mit einem menschenverachtenden Ausruf: „2018 ist das zentrale europäische Thema die finale Lösung der Flüchtlingsfrage“<sup>1</sup>. Der Satz wurde im Beisein von Victor Orbán gesprochen, demjenigen Staatschef, aus dessen Land inzwischen Sinti und Roma sowie Juden fliehen müssen, weil sie sich nicht sicher fühlen können. Wer sich heute und hier auf seine christlich-abendländische Gesinnung beruft, der sollte in der Bibel nachlesen, wie Gott mit dem ersten Migrant – Abels Bruder Kain – verfuhr. „Der Herr machte Kain ein Zeichen, damit ihn keiner erschlage“ (Genesis 4,15). Trotz seines schrecklichen Brudermords wurde er durch das Kainsmal von Gott geschützt. Denn keinem Menschen steht es zu, über einen anderen zu richten, ihm ein Haar zu krümmen oder ihn zu töten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen nachdenkliche Feiertage.

Prof. Dr. Klaus Weber (Fraktionssprecher *LINKE* im Bezirkstag von Oberbayern)

1 Gesagt hat ihn der CSU-Europaabgeordnete und (inzwischen) EVP-Vorsitzende Manfred Weber.